

26. August 2020

## Tarif-Information der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

### 4,8 Prozent – „Nicht trotz, sondern wegen Corona“

Am 25. August 2020 tagten die Gremien des dbb zur Forderungsfindung für die Einkommensrunde 2020. Seitens der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat der Bundestarifbeauftragte Peter Poysel teilgenommen.

Der dbb Chef Ulrich Silberbach erwartet schwierige Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Forderung nach 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro, mehr Einkommen sei angesichts der Umstände „bescheiden“.

Die Kernforderungen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro
- Laufzeit 12 Monate
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro
- Angleichung der Arbeitszeit Ost an West bei den Kommunen
- Verbesserung der Arbeits- und Entgeltbedingungen im Pflegebereich
- Verlängerung und Verbesserung der Regelungen zur Gewährung von Altersteilzeit.
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Bundesbeamten sowie eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamten



**dbb.de**

„Und natürlich“, so Silberbach abschließend „werden wir am Ende auf einer zeitgleichen und systemgerechten Übertragung der Tarifeinigung auf den Bereich der Bundesbeamten bestehen. Auch hier erwarten wir klare Zusagen.“

Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen:

Rund 2,3 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie rund 225.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sowie Anwärterinnen und Anwärter beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll.